

**Tagung des IMB-Exekutivausschusses,  
18. - 19. November 2008  
Genf, Schweiz**

**Erklärung zur Finanzkrise**

Die Finanzkrise betrifft uns alle – direkt oder indirekt. Sie war vorherzusehen und hätte nicht als Überraschung auftreten dürfen. Der IMB und die gesamte Arbeiterbewegung haben schon lange Alarm geschlagen und vor den Gefahren des Marktfundamentalismus und der Liberalisierung der Finanzmärkte gewarnt<sup>1</sup>. Diese Krise ist das Ergebnis einer Politik, die ungezügelte Finanzspekulationen und kurzfristige Profite angeheizt hat, anstatt auf produktive Investitionen in der Realwirtschaft zu setzen. Sie hat etwas Licht auf die ungeheuerlichen Unterschiede zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen geworfen, die in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen sind. Und sie hat gezeigt, dass die Politik der globalen Privatisierung, Deregulierung und der freien Märkte, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen in verschiedenen Teilen der Welt eingeführt wurde, gescheitert ist.

Es gibt Anzeichen dafür, dass die Weltwirtschaft kurz vor einer tiefen Rezession steht und die Ankündigungen der Unternehmen in der Automobil- und Elektroindustrie sowie im Stahl-, Maschinen- und Schiffbau weisen auf schwierige Zeiten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hin. Die Folgen der Krise können jetzt schon überall wahrgenommen werden – sinkende Produktion, Restrukturierungen, Kurzarbeit, Entlassungen, mehr Arbeitslosigkeit, Rückgang der Kaufkraft, Verschuldung der Haushalte, Verlust von Gesundheitsleistungen und steigende Armut. Insbesondere befristete Beschäftigte und Leiharbeiter tragen die Hauptlast dieser unverantwortlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Diese Krise sollte jedoch nicht als Ausrede für Werksschließungen und die weitere Schwächung der Arbeitsmarktregulierung herangezogen werden.

Im Gegenteil: Der Zusammenbruch der Subprime-Hypothekenmärkte und des Finanzsystems ist eine Chance, der jahrzehntelangen, kompromisslosen Deregulierung im Finanz-, Wirtschafts- und Sozialbereich ein Ende zu setzen. Der Finanzsektor muss in den Dienst der sozialen Gerechtigkeit, der wirtschaftlichen Stabilität und der nachhaltigen Entwicklung gestellt werden und darf nicht über die Wirtschaft gebieten. Um eine lang andauernde Rezession abzuwenden, müssen die Regierungen schnell und gleichzeitig im Finanzsektor und der Realwirtschaft agieren. Die meisten der bislang ergriffenen Maßnahmen haben sich darauf beschränkt, dem Bankensystem mit Steuergeldern aus der Klemme zu helfen. Nun ist es dringend

---

<sup>1</sup> Auf einer Tagung in Südafrika im Jahr 2003 forderte das IMB-Zentralkomitee ein alternatives Wirtschaftsprogramm als Antwort auf die wirtschaftliche Globalisierung, das auf der Schaffung von Arbeitsplätzen und Kaufkraft, der Regulierung des Kapitalverkehrs, dem Schuldenerlass und der Reform der führenden internationalen Institutionen basiert.

notwendig, die Banken stärker zu regulieren und zu beaufsichtigen, das Reglement und die Führung der internationalen Finanzmärkte und -institutionen zu überdenken und ein umfassendes und koordiniertes Aufschwungprogramm durchzuführen, das die Weltwirtschaft auf den Pfad der ausgeglichenen und nachhaltigen Entwicklung führen kann und dessen politisches Hauptziel die Vollbeschäftigung ist.

Zusammen mit dem IGB, der TUAC und anderen Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUFs)<sup>2</sup> ruft der IMB dazu auf, umfassende Investitionsprogramme in den Bereichen Infrastruktur, Wohnungswesen, Bildung, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen und Umwelt durchzuführen, die angemessene Arbeitsplätze schaffen und die nationale und globale Nachfrage ankurbeln. Es muss eine Geld-, Steuer- und Industriepolitik verfolgt werden, die qualitativ hochwertige Beschäftigung schafft und die Kaufkraft aller erhöht. Der private Konsum und Investitionen spielt bei der Frage des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung eine wichtige Rolle. Mit wirklicher Entwicklung ist die Erhöhung des Lebensstandards gemeint, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erlaubt, viele der Produkte, die sie selbst produzieren, auch zu kaufen. Die Gefahr einer Weltwirtschaftskrise wird solange nicht gebannt sein, bis die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder hergestellt ist.

Es bedarf einer neuen globalen Finanzarchitektur, um mit der Instabilität und den verheerenden Folgen der Liberalisierung der Kapitalmärkte fertig zu werden. Dabei muss das Ziel verfolgt werden, die Finanzmärkte wieder wirksam zu regulieren, damit mittel- und langfristige produktive Investitionen möglich werden. Zudem müssen die Spekulationsanreize begrenzt werden, die zu dieser Finanzkrise geführt haben. Zu einer solchen Finanzarchitektur gehört unter anderem die Einbeziehung der allgemeinen Haftung der Zentralbanken, die Reform und Kontrolle der Entlohnung und Boni der Manager, die Kontrolle der Unternehmensgewinne und Dividendenausschüttung, die Abschaffung von Offshore-Steueroasen, die verstärkte Kontrolle des Kapitals und die Besteuerung internationaler Finanztransaktionen, um den kurzfristigen spekulativen Geldfluss über Grenzen hinweg zu unterbinden.

Die Reformen müssen über die erneute Regulierung der globalen Finanzmärkte hinausgehen und Führungsstil und Geschäftspolitik der internationalen Finanzinstitutionen einschließen. Sie müssen darauf abzielen, die Ungleichheiten in der Weltwirtschaft zu reduzieren und eine bessere Verteilung von Einkommen und Wohlstand zu gewährleisten. Menschen- und Gewerkschaftsrechte sind unabdingbare Elemente für die Ermöglichung eines Programms für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung. Ihre Durchsetzung muss ein wesentlicher Bestandteil eines neuen internationalen Systems wirtschaftlicher Governance sein.

---

<sup>2</sup> Es wird Bezug genommen auf die Gewerkschaftserklärung zum „Krisengipfel der G20“, die „Erklärung von Washington“ der Globalen Gewerkschaften, November 2008.